

Aufruf

ZUM UMGANG MIT RECHTSRADIKALEN AUF MONTAGSDEMONSTRATIONEN

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit dem 2. August sind in mittlerweile über 200 Städten bis zu 200 000 gegen Hartz IV und die Agenda 2010 auf die Straße gegangen. Hartz IV bedeutet Enteignung, Entrechtung und Entwürdigung. Deshalb fordern wir die Rücknahme. Solange wir dieses Ziel nicht erreicht haben, werden wir auf die Straße gehen. In Ost- und Westdeutschland, Männer und Frauen, Junge und Alte, Erwerbslose und Beschäftigte, Nichtdeutsche und Deutsche. Gemeinsam haben wir ein gemeinsames Interesse daran, Hartz IV zu Fall zu bringen. Wir können dieses Ziel nur erreichen, wenn wir gemeinsam statt gegeneinander handeln. Neonazis und organisierte Nationalisten haben deshalb auf unseren Demonstrationen nichts zu suchen. Sie schüren den Sozialneid gegen MigrantInnen und Flüchtlinge, und sie schüren den Hass auf andere Länder.

Hartz 4 trifft alle Bevölkerungsgruppen, doch zuerst diejenigen, die bereits unter schwierigsten Bedingungen in der BRD leben und arbeiten. Dies sind vor allen Migrantinnen und Migranten. Sie sind häufig benachteiligt beim Zugang zum Arbeitsmarkt, arbeiten in Niedriglohnjobs unter gesetzwidrigen Arbeitsbedingungen und werden überdies diskriminiert. Wir wollen, dass Migrantinnen und Migranten gleiche Rechte haben wie BRD-StaatsbürgerInnen, Anstellung in qualifizierten Jobs finden und in den Sozialversicherungssystemen ihre existenzielle Absicherung finden.

Hartz IV verschlechtert für nicht wenige MigrantInnen die Lebens- und Arbeitsbedingungen weiter und verschärft den Verdrängungswettbewerb um Arbeit zu Armutslöhnen ein. Diejenigen, die bislang über eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung Ansprüche auf Arbeitslosengeld o. -hilfe erworben haben, fallen nach dem Arbeitslosengeldbezug unter den Geltungsbereich des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG). Mit dem Zuwanderungsgesetz fallen außerdem alle Personen künftig unter das AsylbLG, die nach der Altfallregelung eine Aufenthaltsbefugnis besitzen. Obwohl für sie bereits ein unbegrenzter Arbeitsmarktzugang vorliegt, können sie kein Arbeitslosengeld II beantragen. Beide Gruppen sind damit ab 1.1.2005 von möglichen Eingliederungsleistungen in Arbeit abgeschnitten. Erst nach zwölf Monaten haben sie (wieder) ein Recht auf einen nachrangigen Arbeitsmarktzugang. Wenn nunmehr nach Hartz IV für Langzeitarbeitslose vorrangig fast jede Arbeit als zumutbar gilt, wird es für MigrantInnen noch schwieriger, überhaupt einen Job zu bekommen.

Um die Teilnahme von Neo-Nazis und organisierten Nationalisten zu verhindern, sowie eine Vereinnahmung der Proteste von rechts unmöglich zu machen, schlagen wir daher vor:

1. Nutzt die Möglichkeiten, die euch das Versammlungsrecht gibt, um die Teilnahme von Nazis zu verhindern. Nachzulesen unter <http://bi-gb.de/PDF/Merkblatt%20Kundgebung.pdf>
2. Mit Flüchtlingsgruppen, MigrantInnenorganisationen und Initiativen zur Legalisierung der Rechte von Illegalen ohne Ausweispapiere und Flüchtlingen bei der Vorbereitung von Demonstrationen und anderen Aktivitäten eng zusammenarbeiten. Lasst deren Vertreter auf Demonstrationen und Veranstaltungen sprechen. Ladet sie in eure Bündnisse ein.
3. In den Forderungen, Aufrufen und Redebeiträgen für die Montagsdemonstrationen die sozialen Rechte von MigrantInnen, Flüchtlingen, Papierlosen neben anderen Gruppen zu betonen.
4. In der Pressearbeit die Situation von Flüchtlingen, MigrantInnen sowie Illegalisierten zu thematisieren.
5. Mit antifaschistischen Gruppen und Initiativen bei den sozialen Protesten zusammenzuarbeiten.